

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, green, and red start from the left edge of the page and loop around the main title. Some lines extend horizontally towards the right, ending near the GEW logo.

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red slanted background, positioned at the end of the horizontal lines.

GEW

Beschlüsse

des 28. Gewerkschaftstages der GEW
vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

3.34 Friedensbildung

vom Gewerkschaftstag an den Hauptvorstand überwiesen und dort am 24. Juni 2017 beschlossen

1. Friedenspolitik

Die GEW bekräftigt die bestehenden Beschlüsse des Gewerkschaftstages 2013 zur Friedenspolitik („Friedenspolitik“ und „Lernen für den Frieden“). Die darin enthaltenen Forderungen zu Frieden und Krieg, Rüstungspolitik und -export, Zivilklauseln an Universitäten und Kooperationsvereinbarungen für Schulen mit der Bundeswehr sowie der Vorwurf der Verharmlosung von Krieg sind heute so aktuell wie 2013.

2. Frieden will gelernt sein!

Friedensbildung als Teil der politischen Bildung, der Demokratie- und der Toleranzerziehung hat die Menschenrechte als Ausgangspunkt ihrer Überzeugungen und schließt die Bearbeitung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso ein wie die klassischen Themen der Friedensbewegung: die Auseinandersetzung mit Militär, Rüstungsgeschäften und Krieg und Gewalt und deren ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen und Folgen.

Friedensbildung zielt darauf ab, am Leitprinzip Frieden orientierte Lernprozesse zu initiieren und zu strukturieren. Durch die Auseinandersetzung mit Konflikt- und Gewaltpotenzialen und mit Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung und der Überwindung von Gewalt soll ein Beitrag zur Friedensorientierung von Menschen, Gruppen, Gesellschaften, politischen und ökonomischen Systemen geleistet werden. Ihr Ziel ist, Friedenskompetenz, Friedensfähigkeit und Friedenshandeln zu vermitteln und zugleich die politisch-gesellschaftlich-sozialen Ursachen von Konflikten erkennen.

3. Servicestellen Friedensbildung

Um die Friedensbildung an allen Bildungseinrichtungen zu stärken, fordert die GEW von den Landesregierungen,

- Servicestellen Friedensbildung einzurichten. Die Servicestellen sollen den zuständigen Ministerien zugeordnet sein, in ihrer inhaltlichen Ausrichtung aber von einem Kuratorium bestimmt werden, dem neben Schulverwaltung, den Landeszentralen für politische Bildung auch die GEW und Vertreter der Friedensbewegung angehören. Die Servicestellen sollen Friedensbildung fächerübergreifend stärken. Sie sind Beratungs-, Vernetzungs- und Kontaktstellen für Schulen sowie für alle Akteur*innen aus dem Bereich der Friedensbildung. Ihre Aufgabe ist es, bereits existierende Angebote von Akteur*innen aus der Friedensbewegung und Friedenspädagogik sichtbarer und zugänglicher zu machen. Insbesondere für Lehrer*innen soll damit der Zugriff auf thematische Materialien und Ressourcen vereinfacht sowie Beratung und Unterstützung für den Unterricht geboten werden. Sie haben die Aufgabe, Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Pädagog*innen anzubieten, Unterrichtsmaterial und Lernmodelle zu erarbeiten und zu publizieren, Multiplikator*innen auszubilden und für Beratungen zur Verfügung zu stehen. Die Servicestellen selbst entwickeln neue Angebote, schaffen Räume und Möglichkeiten zum Austausch und sorgen dafür, dass Friedensbildung weitergedacht und in konkrete Unterrichtskonzeptionen umgesetzt wird.
- Friedensbildung in den Orientierungs-, Studien und Bildungsplänen bzw. entsprechenden Verordnungen zu verankern.
- Friedensbildung in der Ausbildung von Pädagog*innen zu verankern.
- Durch Zivilklauseln gesetzlich sicherzustellen, dass Forschung, Lehre und Ausbildung an Bildungseinrichtungen ausschließlich im Sinne des Friedens, der Verantwortlichkeit für das eigene Handeln und im Kontext einer globalen sozialen Verantwortung erfolgen.